

Bernd Langer

Antifaschistische Aktion

Geschichte einer linksradikalen Bewegung

Band 1

UNRAST VERLAG

1945–2015

Alte Krieger im kalten Krieg

Nach dem Zweiten Weltkrieg war Antifaschismus in Deutschland zunächst ein klassisches Thema der 1947 als Opferverband geschaffenen *Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes* (VVN). Da die VVN dem Machtanspruch der SED unter Ulbricht im Wege stand, wurde sie in der DDR 1953 aufgelöst. Offiziell erklärte die Vereinigung ihre Aufgabe in der DDR als erfüllt und an ihre Stelle trat mit der letzten Sitzung des Zentralvorstandes am 21. Februar 1953 das *Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer*.

Dieses Gremium aus 32 bekannten Persönlichkeiten, die mehrheitlich der Funktionärsschicht der SED angehörten und ohne Mitgliederbasis war, blieb völlig von der SED abhängig und hatte die Funktion, den staatlich verordneten Antifaschismus zu repräsentieren. Erst 1974 durfte sich das Komitee wieder als Mitgliederverband organisieren. Es entstand eine politisch harmlose Vereinigung alter Frauen und Männer.

Ganz anders verlief die Entwicklung in den Westzonen bzw. in der BRD. Dort galt als offenes Geheimnis, dass die VVN eine klassische kommunistische Vorfeldorganisation darstellte, die finanziell, logistisch und politisch von der SED geführt wurde. Deshalb erwirkte die SPD bereits 1948 einen Unvereinbarkeitsbeschluss gegen die VVN, der bis 2010 Bestand hatte. Dem gegenüber war die BRD bereits seit ihrer Staatsgründung im Mai 1949 mit dem Aufleben des Neofaschismus konfrontiert. So entstand am 2. Oktober 1949 die *Sozialistische Reichspartei* (SRP). Ihr Programm basierte im Wesentlichen auf dem der NSDAP, der auch die meisten ihrer 40.000 Mitglieder angehört hatten. Als zweiter Vorsitzender der SRP fungierte der damals durchaus prominente ehemalige Generalmajor Otto Ernst Remer²⁴⁵. Bei den Landtagswahlen in Niedersachsen 1951 errang die SRP 11 Prozent

245 Otto Ernst Remer, (geb. 1912, gest. 1997), war als Offizier des »Wachbataillons Berlin« maßgeblich an der Niederschlagung des Umsturzversuchs nach dem gescheiterten Hitlerattentat vom 20. Juli 1944 beteiligt. Die Nazi-Propaganda erklärte Remer zum Helden und Hitler machte ihn zum Kommandeur seiner »Führerbegleitbrigade«.

der Stimmen. Ihr allzu offener Bezug auf die NSDAP führte bereits am 23. Oktober 1952 zum Verbot der SRP. Ohnehin existierte seit 1950 mit der *Deutschen Reichspartei* (DRP)²⁴⁶, eine Alternative zur SRP, die sogar bis 1953 im Bundestag vertreten war.

Dies allerdings nicht aufgrund eines Wahlerfolges, sondern weil sich ein Abgeordneter der nationalkonservativen *Deutschen Partei* der DRP angeschlossen hatte. 1951 und 1955 gelangte die DRP in den niedersächsischen Landtag, 1959 schaffte sie bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz mit 5,1 Prozent knapp den Einzug ins Parlament. Im folgenden Jahr wurde der Landesverband Rheinland-Pfalz verboten. Damit endete der Erfolg der DRP, sie verlor fortwährend an Bedeutung. Das lag vor allem an den politischen Rahmenbedingungen. Generell verfolgte die politische Führung der BRD in der Ära Adenauer (CDU), die von 1949 bis 1963 andauerte und auch als Restauration bezeichnet wird, einen antikommunistischen Kurs. Ziel dieser Regierungsphase war die unumstößliche Westanbindung, zu deren Kernpunkt die Wiederbewaffnung gehörte. Eine Politik, die im Zusammenhang mit der Konfrontation der beiden Machtblöcke unter Führung der Sowjetunion bzw. der USA stand. Mit dem Ende des II. Weltkrieg hatte diese Phase begonnen, die unter dem Begriff Kalter Krieg gefasst wurde und sich mit Beginn des Koreakrieges²⁴⁷ im Juni 1950 zur bewaffneten Konfrontation steigerte. Vor diesem Hintergrund forderte Winston Churchill am 9. August 1950 eine europäische Armee mit deutscher Beteiligung, die mit den USA zusammenarbeiten sollte. Gleichzeitig begann sich in den USA die Vorstellung durchzusetzen, eine europäische Verteidigungsstreitmacht unter Führung der NATO aufzubauen.

Die Vorbereitungen zur Aufstellung der Bundeswehr begannen mit der Tagung der deutschen militärischen Expertenkommission aus ehemaligen hochrangigen Wehrmachtsoffizieren im Eifelkloster Himmerod vom 3. bis 6. Oktober 1950. Ende des Monats unterbreitete der französische Ministerpräsident der Nationalversammlung den Plan, ein neues Militärbündnis

246 Ein Parteiverbotsverfahren war zwar im Gespräch, wurde aber nicht eingeleitet.

247 Dieser Krieg dauerte bis Juli 1953, forderte 4,5 Millionen Menschenleben und kannte keinen Sieger.

entstehen zu lassen. Der Name sollte *Europäische Verteidigungsgemeinschaft* (EVG) lauten und aus Frankreich, den drei Benelux-Staaten, Italien und der Bundesrepublik Deutschland bestehen. Voraussetzung war der Aufbau einer eigenen Armee in der Bundesrepublik Deutschland und ein Ende des Besatzungsstatus. Zunächst wurde 1951 der Bundesgrenzschutz (heute Bundespolizei) aufgestellt und damit die Grundlage für die Entstehung einer neuen deutschen Armee geschaffen.

Aber nicht alle bejubelten oder unterstützten diese Entwicklung – ganz im Gegenteil. Bei großen Teilen der Bevölkerung traf der Aufbau einer neuen deutschen Armee wenige Jahre nach dem II. Weltkrieg auf starke Resentiments. Besonders FDJ und KPD versuchten auf dieser Stimmung aufzubauen und engagierte sich im antimilitaristischen Kampf. Das zeigte sich beispielhaft an den Auseinandersetzungen um Helgoland. Die Insel musste nach dem II. Weltkrieg von ihren Bewohner_innen geräumt werden, weil die Briten den gesamten Felsen sprengen wollten. Nachdem dieser Versuch scheiterte, nutzen das britische Militär das Eiland als Bombenabwurfplatz. Sieben Friedenskämpfer (auch als deutsche Patrioten bezeichnet) besetzten am 23. Februar 1951 das militärische Gelände und stoppten damit vorübergehend die Bombardierungen. Die Aktivisten kamen vor ein britisches Militärgericht das sie zu insgesamt 36 Monaten Haft verurteilte.

Während solch spektakuläre Aktionen die Initiative von Wenigen blieb, entwickelte sich gegen die drohende Wiederbewaffnung unter dem Slogan ›Ohne mich‹, die erste außerparlamentarische Bewegung in der Bundesrepublik. Gewerkschafter, Christen, Intellektuelle, Frauengruppen sowie KPD und FDJ einte das gemeinsame Ziel, die Aufstellung einer deutschen Armee zu verhindern – so unterschiedlich die politischen Beweggründe der Akteure auch waren. Bei einer solchen Kundgebung, der *Jugendkarawane gegen Wiederaufrüstung und Generalvertrag* am 11. Mai 1952 in Essen, gab es den ersten toten Antifaschisten in der Bundesrepublik. Die Polizei schoss in eine nicht genehmigte Demonstration und traf den 22-jährigen Kommunisten Philipp Müller. Von zwei Kugeln ging eine tödlich ins Herz. Weitere Schüsse verletzten einen Gewerkschafter und einen Sozialdemokraten schwer. Ebenfalls im Mai 1952 wurde der *EVG-Vertrag* unterzeichnet. Um ihn ratifizieren zu können war eine Grundgesetzänderung notwendig, die

am 26. März 1954 beschlossen wurde. Sofort nach ihrem Inkrafttreten begann die Rekrutierung Freiwilliger für die neue Bundeswehr.

Währenddessen kam es in Frankreich zu Wahlen, nach denen eine gaulistische, der EVG gegenüber skeptische Regierung, den Staatspräsidenten stellte. Was dazu führte, dass die Nationalversammlung in Paris, die Ratifizierung des EVG-Vertrags am 30. August 1954 vertagte. Ohnehin hatte mittlerweile die Planung der USA entscheidendes Gewicht erlangt und Geheimverhandlungen zwischen der Regierung Adenauer und der US-Regierung stattgefunden. Die Bundeswehr sollte in die NATO integriert werden.

Doch musste der hinter den Kulissen längst eingefädelt Wiederbewaffnung und Westintegration propagandistisch der Boden bereitet werden. Aus diesem Grund wurden nun militaristische Vereinigungen wieder zugelassen, die seit 1945 verboten gewesen waren und sich zum Teil immer noch auf entsprechende Traditionen beriefen. Vom *Stahlhelm*²⁴⁸ bis hin zu Kameradschaften ehemaliger Wehrmachts- und Waffen-SS Verbände kam es bis 1955 zu einer regelrechten Gründungswelle. Militaristen, Rechtsradikale und Rechtskonservative wirkten gemeinsam für die Wiederbewaffnung. Noch 1954 wurden die Pariser Verträge verabschiedet, die den Besatzungsstatus aufhoben und der Beitritt der Bundesrepublik zur NATO festlegten. Eine öffentliche Zeremonie, am 9. Mai 1955 in Paris, besiegelte den Militärpakt.

Neben der Wiederbewaffnung waren die Kommunistenverfolgungen charakteristisch für die ›Restauration‹. 1951 wurde die FDJ in der BRD verboten, 1956 folgte die KPD. Etliche kommunistische Friedensaktivisten saßen in Gefängnissen ein, darunter auch solche, die in Konzentrationslagern der Nazis inhaftiert waren. Ein drohendes Verbotverfahren gegen die VVN wurde erst 1963 ad acta gelegt.

Mit den 1960er-Jahren begann sich, begleitet von starken politischen

²⁴⁸ Der *Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten* wurde 1951 in Köln wieder gegründet. Später kam der Zusatz *Kampfbund für Europa* hinzu. Bundesführer war von 1952 bis zu seinem Tode 1960 der ehemalige Generalfeldmarschall Albert Kesselring. Kesselring, im März 1945 von Hitler zum Oberbefehlshaber West ernannt, war wegen Kriegsverbrechen 1947 von einem britischen Militärgericht zum Tode verurteilt, bald begnadigt und 1952 vorzeitig aus der Haft entlassen worden. Der *Stahlhelm* trat noch bis in die 1980er-Jahre öffentlich in Erscheinung. Die meisten Landesverbände haben sich mittlerweile aufgelöst.

Spannungen, die gesellschaftliche Situation in der Bundesrepublik zu verändern. Der Kalte Krieg erreichte durch den Mauerbau der DDR 1961 und die ›Kuba-Krise‹²⁴⁹ 1962 eine neue Qualität. In dem antikommunistischen Klima, das in der BRD herrschte, schloss sich 1964 die DRP mit anderen Splitterparteien in Hannover zur *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands* (NPD) zusammen. Wenig später, 1966, erlebte die Bundesrepublik ihre erste Rezession, zu deren Bewältigung sich eine große Koalition von SPD und CDU unter Georg Kiesinger (CDU) zusammenfand. Mit einer ›konzertierten Aktion‹ von Unternehmerverbänden, Gewerkschaften, Sachverständigen usw. sowie Investitionsprogrammen gelang es der Regierung, die Krise bis 1968 zu überwinden. Doch das politische Bündnis wirkte wie ein Katalysator auf die gesellschaftlichen Verhältnisse. Kiesinger²⁵⁰ war vor 1945 Mitglied der NSDAP gewesen und wurde nun von der SPD gestützt. Zudem bereitete die große Koalition die Notstandsgesetze vor, mit denen in Ausnahmefällen die Grundrechte eingeschränkt werden können. Dazu musste das Grundgesetz verändert werden, wozu die große Koalition die nötige Zweidrittelmehrheit im Bundestag besaß. Vergleiche zum Ermächtigungsgesetz lagen auf der Hand. Da keine relevante parlamentarische Opposition existierte, mobilisierte sich eine außerparlamentarische (APO), die gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze 1968 die ersten großen Massenproteste in der Bundesrepublik auf die Straße brachte. Es entstand eine Bewegung, mit der eine neue Generation vor allen an Universitäten und Hochschulen in Erscheinung trat, und die bald unter dem Sammelbegriff *Neue Linke* subsumiert wurde. Ihre Themen fanden die jungen Aktivist_innen im Vietnamkrieg, dem Schah-Besuch oder Kampagnen gegen antidemokratische Missstände ›Enteignet Springer‹ und dem Radikalenerlass.

Gleichzeitig profitierte die NPD politisch von der Wirtschaftskrise. Bei Landtagswahlen erlangten die Rechtsradikalen Stimmenanteile von bis zu 10 Prozent und vieles deutete darauf hin, dass ihnen 1969 der Einzug in

249 Im Oktober 1962 führte die Stationierung von sowjetischen Mittelstreckenraketen auf Kuba zum Konflikt mit den USA. Die ›Krise‹ dauerte 15 Tage und brachte die Welt erstmals an die Schwelle eines Atomkrieges.

250 Wegen seiner NSDAP-Mitgliedschaft verpasste Beate Klarsfeld dem Bundeskanzler im November 1968 öffentlich eine Ohrfeige.

den Bundestag gelingen könnte. Spontan entstand eine Gegenbewegung, die von Vertretern etablierter politischer Organisationen über die verfehmten Kommunist_innen bis hin zur gerade entstehenden APO reichte. Bei Protestaktionen kam es mehrfach zu militanten Zusammenstößen. Nachdem die NPD bei der Parlamentswahl 1969 knapp an der 5-Prozent-Hürde gescheitert war, ebte diese antifaschistische Welle schnell wieder ab.

Vorläufer der außerparlamentarisch-antifaschistischen Bewegung existierten also bereits in den 1960er-Jahren, und zwar deutlicher in den undogmatischen Zusammenhängen als in den hierarchisch organisierten kommunistischen Gruppen, die in den 1970er-Jahren ebenfalls aus der APO entstanden. Denn welche Ziele auch vertreten wurden: den Kommunist_innen ging es in erster Linie darum, die Arbeiter_innen in den Betrieben zu erreichen, um den Klassenkampf zu befördern. Antifaschismus blieb für sie lediglich ein Nebenschauplatz.

Auch die bewaffneten Gruppen wie die *Bewegung 2. Juni*, die *Rote Armee Fraktion* (RAF) oder die *Revolutionären Zellen* (RZ) schieden als Ideengeber für die Antifa aus. Keine dieser Gruppen hat je eine Aktion explizit gegen Nazis durchgeführt.

Nadelstreifennazis, Neonazis, Hitlerwelle

Zum innenpolitischen Streitthema Nr. 1 wurde in der Bundesrepublik Anfang der 1970er-Jahre die neue Ostpolitik der sozialliberalen Bundesregierung unter Willy Brandt (SPD). Es ging um eine Normalisierung der Verhältnisse zu den osteuropäischen Staaten und der DDR. Als in diesem Zusammenhang der DDR-Ministerpräsident Willi Stoph am 21. Mai 1970 Kassel besuchte, führte das zu militanten Ausschreitungen durch Rechtsradikale. Die NPD initiierte daraufhin die *Aktion Widerstand*, mit der sie eine neue Sammlungsbewegung in Gang setzen wollte. Im Oktober 1970 wurde die *Aktion Widerstand* formell als Organisation gegründet, der sich diverse rechtsradikale Gruppen anschlossen. Da jedoch fast sämtliche Veranstaltungen der *Aktion Widerstand* gewalttätig verliefen, kam es zu internen Konflikten und die Aufsplitterung der rechtsradikalen Szene setzte sich fort. Zunächst gründete der Verleger Gerhard Frey gemeinsam mit dem



Der innenpolitische Streit gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie wurde vor allem von der CDU geführt. Berührungspunkte von Konservativen mit Rechtsradikalen waren (nicht nur) dadurch gegeben.

Vorsitzenden der Aktion Oder-Neiße, Erwin Arlt, im Januar 1971 die DVU²⁵¹, mit der ein Sammelbecken für enttäuschte NPD- und CDU-Wähler entstehen sollte. Schwerpunkt der DVU blieb das Eintreten gegen die neue Ostpolitik, vor allem die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie durch die Bundesregierung. Während NPD und DVU betont legal und seriös auftraten und versuchten, eine rechte Alternative zur CDU darzustellen, gebärdete sich die Aktion Widerstand immer radikaler. Schließlich distanzierte sich die NPD im Juni 1971 von der Organisation und löste sie auf.

In der Folge formierten sich nun eine neue, militante Neonazi-Bewegung. Ihre wesentlichen Vertreter waren:

.....
 251 Die DVU, auch Liste D, war 1971 als Verein gegründet und 1987 zur politischen Partei gewandelt worden. Sie wurde vom rechtsradikalen Verleger Gerhard Frey geleitet, der von 1971 bis 2009 Vorsitzender war. Bis dahin konnte die DVU neun Mal in Landesparlamente einziehen und erzielte bei der Landtagswahl 1998 in Sachsen-Anhalt 12,9 %. Das ist das bislang höchste Stimmenergebnis einer rechtsradikalen Partei bei Landtagswahlen überhaupt. Aufgrund interner Konflikte setzte ab 2000 ein Zerfallsprozess ein. Zur Bedeutungslosigkeit geschrumpft, fusionierte die Rest-DVU 2011 mit der NPD.

- die *Volkssozialistische Bewegung Deutschland/Partei der Arbeit* (VSPD/PdA)²⁵² von Friedhelm Busse²⁵³.
- die *Deutsche Bürgerinitiative* von Manfred Roeder²⁵⁴
- die paramilitärische *Wehrsportgruppe Hoffmann* (WSG Hoffmann)²⁵⁵
- die *Aktionsfront Nationaler Sozialisten* (ANS) von Michael Kühnen²⁵⁶.

Während dieses Zersplitterungs- und Radikalisierungsprozesses der neo-faschistischen Szene kam es zu einem Phänomen, dessen Wirkung auf den neu entstehenden Antifaschismus nicht zu unterschätzen ist. Anfang der 1970er-Jahre war die Generation, die den NS-Faschismus bewusst erlebt hatte, noch in Amt und Würden. Bislang war es daher verstanden worden,

.....

252 Die Organisation wurde am 17. Juni 1971 gegründet, gab sich aber erst ab 1975 den Namen VSBD. Obwohl sich einige Kandidaten der VSBD an den Kommunalwahlen in München 1978 beteiligten, war sie keine Partei im Sinne des Parteiengesetzes. Am 24. Januar 1982 erfolgte das Verbot der VSBD.

253 Friedhelm Busse (geb. 1929, gest. 2008) stammte aus einem nationalsozialistischen Elternhaus. Meldete sich 1944, mit 15 Jahren, zur Waffen-SS, kam Anfang 1945 zur SS-Division *Hitlerjugend*. In den 1950er-Jahren bekleidete er verschiedene Funktionärsposten in der Deutschen Reichspartei, ab 1965 NPD. Wegen gewalttätiger Aktionen 1971 aus der NPD ausgeschlossen, gründete er im selben Jahr die VSBD. 1983 zu einer Haftstrafe von 3 Jahren und 9 Monaten wegen Begünstigung eines Bankraubes, verbotenen Waffenbesitzes und ähnlicher Delikte verurteilt. Im selben Jahr Eintritt in die ANS/NA, dann FAP. Nach deren Verbot weiterhin in der militanten Neonaziszene führend aktiv, schließlich Wiedereintritt in die NPD.

254 Manfred Roeder (geb. 1929, gest. 2014) stammte aus einer nationalsozialistischen Familie, selbst Schüler einer Nationalsozialistischen Erziehungsanstalt (NAPOLA). War als jüngster Jahrgang noch als regulärer Soldat an der Schlacht um Berlin 1945 beteiligt. Nach dem Krieg Journalist bzw. Jurastudium, Anwalt von Rudolf Hefz. Zunächst CDU-Mitglied, trat 1970 mit Farbatracken gegen Erotikmessen in Erscheinung. Gründete 1971 die *Deutsche Bürgerinitiative*, verfasste 1973 das Vorwort zur Broschüre *Die Auschwitzlüge*, 1976 wegen Volksverhetzung verurteilt. 1978 ging Roeder in den Untergrund und baute 1980 die terroristischen *Deutschen Aktionsgruppen* auf.

255 1973 gegründet, außer militärischer Ausbildung und Söldnerwerbung übernahm die WSG-Hoffmann den Schutz rechtsradikaler Veranstaltungen. Ihr gehörten 400 Mitglieder an, am 30. Januar 1980 verboten.

256 Michael Kühnen (geb. 1955, gest. 1991), anfangs Maoist, wandte sich der NPD/JN zu und gelangte zu *Aktion Widerstand*. 1974–1977 Zeitsoldat, studierte an der Universität der Bundeswehr in Hamburg, wegen seiner politischen Betätigung aus der Armee entlassen, zuletzt Rang eines Leutnants. Im Mai 1977 gründete er zusammen mit dem US-Amerikaner Gary Lauck die NSDAP-AO (Aufbauorganisation). Zunächst unter dem Namen *SA-Sturm Hamburg*, entstand im November 1977 die ANS. Kühnen wurde zum Kopf der Neonazi-Szene in der BRD.

diese Vergangenheit, wenn möglich, auszuklammern. Nun begannen sich aber Historiker_innen aller Couleur mit dem Thema zu beschäftigen und Verlage erkannten, dass sich mit Büchern und Broschüren zur NS-Zeit Profite erzielen ließen. Bald gab es keine Illustrierte mehr, die nicht über Nazigrößen berichtete. Schallplatten mit Tondokumenten zählten zu den neuen ›Rennern‹, NS-Propaganda-Zeitungen wurden nachgedruckt. Der Film von Joachim Fest *Hitler – Eine Karriere* lief in so ziemlich jedem Kino der Republik. Das Fernsehen strahlte Dokumentationen aus, sogar eine Hitler-Rock-Oper unter dem Namen *Der Führer* entstand.

Viele Linke nahmen nur die bedrohlichen Aspekte dieser ›Hitlerwelle‹ wahr, die Ende der 1970er-Jahre ihren Höhepunkt erreichte. Doch letztlich begann in dieser Zeit die Vergangenheitsbewältigung der NS-Zeit. Dies zeigte sich auch daran, dass vielerorts Geschichtswerkstätten usw. entstanden und das Thema an Schulen Eingang fand. Zu einem Meilenstein wurde der 1978 in den USA entstandene Film *Holocaust*, der die fiktive Geschichte der jüdischen Arztfamilie Weiß aus Berlin erzählt. Diese Produktion wurde im Januar 1979 in vier Teilen vom WDR ausgestrahlt und zu einem echten Medienereignis. Seit dieser Zeit ist die Bezeichnung Holocaust in Deutschland üblich und eine gesellschaftliche Auseinandersetzung zu Judenverfolgung und Antisemitismus begann.



↑ Im Zusammenhang mit der Aktion Widerstand entstand der Widerstandsgruß. Diese Symbolik wurde, wegen ihrer Ähnlichkeit zum Hitlergruß, von den Neonazis weitergeführt.

1917

1920

1923

1933

1945

→

1977

1981

1989

2000

2015